

FRIEDENS JOURNAL

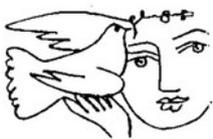


Der mediale Vorkrieg: „Wir sind die Guten“



Bilder: Homepage der BILD vom 14.2.2022,
Titelseiten: DIE ZEIT, Nr. 4-2022
FR vom 25.1.2022, SPIEGEL Nr. 4-2022, Focus Nr. 4-2022

- Baerbock im deutsch-russischen Porzellanladen
- Wie kommt Kriegspropaganda in unsere Medien?
- Kriegspropaganda und „Strategische Kommunikation“ der NATO
- Zensurmechanismen im digitalen Zeitalter
- Die NATO als Sieger im Informationskrieg
- Medienpolitische Forderungen und Zielsetzungen



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

März - April 2022/Nr. 2

Der mediale Vorkrieg: „Wir sind die Guten“

Inhalt

Baerbock im deutsch-russischen Porzellanladen	3
Russische Künstler, Medienleute und Sportler gegen Militäreinsatz	5
Wie kommt Kriegspropaganda in unsere Medien?	6
Kriegspropaganda und strategische Kommunikation der Nato	8
Prioritäten deutscher Medien	9
Zensurmechanismen im digitalen Zeitalter	10
Die Nato als Sieger im Informationskrieg	12
Medienpolitische Forderungen und Zielvorstellungen	14
Friedensnetz Baden-Württemberg	15
Aufruf: Friedenspolitik statt Kriegshysterie	16
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26.2.2022	

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp,
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

Liebe Leserinnen und Leser,

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe überschlugen sich die Ereignisse wegen der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung, auch wenn wir in dieser Ausgabe des Friedensjournals die Mitschuld der USA und der NATO beleuchten, die zu dieser Entwicklung geführt hat. Die Hintergründe der Eskalation wurden bereits oft im Friedensjournal benannt:

Diese sind die Nato-Osterweiterung nach 1991, die Umstände des Maidan-Umsturzes 2014 und der Angliederung der Krim an Russland, sowie die Gründe für die Nicht-Umsetzung des Minsk-II-Abkommens. Hinzu kamen russische Angebote für eine gesamteuropäische Friedenssicherung, die nicht erst in jüngster Zeit umgeschlagen sind in Forderungen zur Respektierung legitimer Sicherheitsgarantien.

Stattdessen haben sich unsere Medien als treibende Kraft in der Eskalation des Konfliktes von einem Propagandakrieg zur (geradezu herbei geschworenen) militärischen Aggression erwiesen.

In dieser Ausgabe geht es nicht nur um die verhängnisvolle Rolle deutscher Medien, die im Gleichklang seit längerem Hasstiraden schüren, sondern vor allem um die Drahtzieher medialer Manipulation. Dabei zieht sich das Stichwort Strategische Kommunikation (Stratcom) als roter Faden durch die Beiträge dieser Ausgabe.

Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam setzen sich als frühere ARD-Mitarbeiter seit langen Jahren kritisch mit ARD-Berichten und -Kommentaren sowie den ARD-Institutionen auseinan-

der. Im Beitrag dieser Ausgabe geht es vor allem um die dubiose Rolle der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg bei dem Sendeverbot für RT DE, was als Gegenreaktion zur Schließung des Moskauer Büros der Deutschen Welle geführt hat.

Einen Gesamtüberblick zur Kriegspropaganda in den Medien gibt Sabine Schiffer, die vor allem auf den Wandel der strategischen Kommunikation in den 20 Jahren des Afghanistan-Krieges Bezug nimmt.

Bereits in dem Beitrag von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam wird die propagandistische Funktion der EU-Institution East Stratcom angesprochen. Diese darf nicht mit der Nato Stratcom verwechselt werden, auch wenn das Foto auf Seite 8 mit dem Besuch der EU-Präsidentin von der Leyen bei Nato-Generalsekretär Stoltenberg auf gemeinsame Aktivitäten verweist. Die Rolle der Nato Stratcom wird von Bernhard Trautvetter in seinem Beitrag dargestellt.

Auf die Rolle der EU, die 2015 angesichts unliebsamer Veröffentlichungen zum Ukraine-Konflikt die „East Stratcom Task Force“ etablierte, verweist Hannes Hofbauer in seinem neuen Buch „Zensur“, woraus wir einen Passus abgedruckt haben.

Kritikwürdig ist die Rolle der Medien auch bei anderen gesellschaftlichen Themen. Es ist deshalb an der Zeit, grundlegende medienpolitische Forderungen und Zielvorstellungen zu entwickeln. Auf Seite 14 dieser Ausgabe findet sich dazu ein erster Ansatz, der in Diskussionen weiterentwickelt werden sollte.

Karl-Heinz Peil



Fotos aufgenommen am 19.2.2022 bei der Anti-Siko-Demo in München, Quelle: zuse24/Flickr

Baerbock im deutsch-russischen Porzellanladen

von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Noch keine 100 Tage im Amt, und schon ist die Grünen-Kriegerin bereit, unser Land „einen sehr hohen Preis zahlen“ zu lassen. Der Redaktion ARD-aktuell ist zu bescheinigen, was für viele Propagandisten unseres regierungshörigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gilt: „Wozu noch das journalistische Handwerk bemühen, wenn plumpe Hetze für die beste Sendezeit ausreicht?“ (1) Danach fragt kaum einer mehr, wer wie und warum das Übel eigentlich angerichtet hat. Der Versuch, hierzulande kritische Gegenstimmen auszuschalten, dient ja obendrein dem Ausbau des repressiven Staates. (2)

Am 3. Februar reagierte die russische Regierung und schloss das Moskauer Büro der Deutschen Welle, verbot den Sender und entzog seinen 21 Mitarbeitern die Akkreditierung. Im Eifer des Nachrichten-Gefechts ließ die Tagesschau die Maske fallen: Mit dem Sendeverbot gegen die Deutsche Welle

„... reagiert Moskau offenkundig auf das Ausstrahlungsverbot des deutschsprachigen Ablegers seines Staatssenders RT. Zentraler Vorwurf der deutschen Behörden war, RT.DE verbreite im Auftrag Moskaus Verschwörungstheorien und Desinformationen.“ (3)

Hoppla, soviel hemmungslose Offenheit über den tatsächlichen Verbotsgrund war dann aber wohl doch nicht im Sinne der Redaktionsleitung und ihrer Gönner in Berlin. Die wiederholte beweislose Bezeichnung, RT DE verbreite im Auftrag Moskaus Falschinformationen, wirkte außerdem gar zu fadenscheinig. Nur zwei Stunden später stülpte denn auch Atlantik-Brücken-Moderator Zamperoni der verräterischen und dürftigen Begründung die Tarnkappe eines legalen Behördenbescheids über: Das Verbot sei unumgänglich gewesen, weil RT DE keine Sendelizenz habe. (4)

Unterm Scheinheiligenschein

Auf dieser Argumentationsbasis ließ sich auch besser behaupten, die russische Retourkutsche gegen die Deutsche Welle sei rechtswidrig und

unverhältnismäßig. Baden-Württembergs Bevollmächtigter beim Bund, der Staatssekretär für Medienpolitik Rudi Hoogvliet, goss in Amtsdeutsch, was die Bundesregierung uns weismachen will:

„Die Landesmedienanstalten der Länder haben dem russischen Sender RT DE aus ‚konkreten, objektiv nachvollziehbaren Gründen, nämlich aufgrund des Fehlens einer gültigen Sendelizenz‘, die Veranstaltung und Verbreitung in Deutschland untersagt.“ (5)

Diese Behauptung wird nun gebetsmühlenartig wiederholt und über alle verfügbaren Rohre verbreitet, auch über die Tagesschau. Unsere Qualitätsjournalisten verhehlten in schöner Einigkeit mit ihren politischen Gönnern einfach, dass das von Moskau aus sendende RT DE zwar keine deutsche, wohl aber eine in Europa – und damit auch in Deutschland – gültige serbische Sendelizenz hat. Sie wurde, wie vielmals dargelegt, von der Regierung in Belgrad im Rahmen der europäischen „Übereinkunft für das grenzüberschreitende Fernsehen“ (6) erteilt.

Dass Serbien das Recht zur Lizenzvergabe hat, lässt sich nicht bestreiten. Deshalb griffen die Beamten der deutschen Landesmedienanstalten in die juristische Trickkiste, um dennoch gegen RT DE losschlagen zu können: Sie entschieden eigenmächtig, die medienrechtliche Verantwortung für die RT DE-Sendungen liege nicht beim Antragsteller RT in Moskau, sondern in Berlin-Adlershof. Absurder kann man kaum daherreden. Vergleichbar abwegig wäre die Behauptung, die redaktionelle Verantwortung für Beiträge des ARD-Studios in Moskau liege bei dessen Leiter in Russland und nicht beim Chefredakteur ARD-aktuell in Hamburg.

Die deutschen Medienbehörden biegen sich die Argumente zurecht, um den Russen eins auszuwischen. (7) Dabei tun sie so, als sei ihr Schlag gegen RT DE ohne enge Abstimmung mit der Bundesregierung erfolgt, speziell ohne Beteiligung des Außenministeriums. Als seien Verbotsverfügungen

gegen einen ausländischen Sender das tägliche Brot deutscher Amtsstubenbewohner. (8) Das Außenministerium gibt sich gleich vollends als unzuständiger Unbeteiligter:

„Für RT DE gelten dieselben Regeln wie für alle anderen Sender – auch was den Aspekt der Staatsferne angeht. Die Bundesregierung kann und darf auf das Verfahren keinen Einfluss nehmen.“ (9)

Die Behauptung, Beamte kleiner Landesmedienanstalten hätten die Kompetenz zu weitreichenden außenpolitischen Entscheidungen, bestätigt das Niveau der im unaufrichtigen und ahnungslosen Daherreden sehr geübten Grünen Baerbock.

Lügen, dass sich die Balken biegen

Es ist weitgehend bekannt (und nie dementiert worden), dass die Bundesregierung (und das Bundesamt für Verfassungsschutz) die Finger drin hatten, als Luxemburg den ersten RT DE-Lizenzantrag für Europa abwies. (10)

Logisch, dass die federführende Medienanstalt Berlin-Brandenburg, MABB, jetzt nicht einräumt, auf Weisung aus dem Baerbock-Ministerium gehandelt zu haben. Der Schein (landes-)medienrechtlicher Legalität sollte gewahrt werden. Die Begründung, weshalb sich die MABB jedoch weigert, Akteneinsicht zu gewähren, lässt das genaue Gegenteil erkennen:

„... das Bekanntwerden des Inhalts der Verfahrensakte würde dem Wohle des Bundes schwerwiegende Nachteile bereiten. Es ist wahrscheinlich, dass eine Veröffentlichung des Inhalts der Verfahrensakte zu gewichtigen diplomatischen Spannungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland führen würde.“ (11)

Die Nachteile waren da bereits eingehandelt (Schließung des Moskauer Büros des Staatssenders DW) und die diplomatischen Spannungen längst (von Berlin) verstärkt worden. Wäre das Verbotungsverfahren der MABB rechtlich einwandfrei begründet und methodisch sauber ausgeführt, dann könnte die Behörde ihre Akten selbst-

verständlich einsehen lassen. Stattdessen wird weiter gehetzt, was das Zeug hält:

„Die Propagandastationen wirken auf die Meinungsbildung in den Ländern des Westens ein, in der EU insbesondere. Sie verharmlosen Putins Kriegstreiberei, verbreiten seine Lügen, stellen die Legitimität demokratisch gewählter Regierungen infrage und hofieren extreme Gruppen wie die von rechts außen bis links außen reichende Corona-Leugner-Front.“ (12)

Was Wahrheit ist, bestimmen wir. „Der Russe“ lügt nur. Und wie!

„Darüber hinaus stellten russische Akteure – wie in den vergangenen Jahren – die NATO und die USA als Bedrohung für Russland und den Weltfrieden dar. ... Ziele aller russischen Bemühungen sind die Diskreditierung der Bundesregierung, die polarisierende Zuspitzung des politischen Diskurses und das Untergraben des Vertrauens in staatliche Stellen.“ (13)

schmecken: Bei RT DE handle es sich um

„einen der maßgeblichen Akteure eines komplexen Netzwerkes, das im Auftrag staatlicher russischer Stellen deren Narrative verbreite, um den „politischen Willensprozess in Deutschland zu beeinflussen.“ (14)

Böse Netzwerker sind demnach die anderen, speziell die Russen. Die Bundesregierung ist hingegen Mitglied im Kaffeekränzchen EU EAST STRATCOM, und falls wirklich jemand behauptet, dass das ein Netzwerk sei, dann ist es immerhin ein gutes, das unsere Demokratie verteidigt und dem Ausland sogar was von unseren freiheitlichen Informationen abgibt. Es wurde deshalb schon vor sieben Jahren gegründet, gleich nach dem aus Washington gesteuerten und finanzierten Staatsstreich in der Ukraine und dem Ausbruch der Maidan-Freiheit. Aufgabe: Es soll als Gegengewicht zu offiziellen russischen Mitteilungen fungieren. (15)

Die EU EAST STRATCOM TASK FORCE, so der vollständige Name dieser Einsatzgruppe, soll nach eigener Definition „kreative Informationen“ im Gebiet der EU-geführten Östlichen Partnerschaft verbreiten und dafür „neue Strategien und Methoden“ entwickeln. (16)

Wer meint, die EU sei die Koppel von Unschuldslämmern, irrt gewaltig. Einflussnahme und

Meinungsmache erfolgen hier allenfalls etwas subtiler. In Berlin ist dafür das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zuständig. Es beschäftigt jede Menge professionelle Rosstäuscher. (17)

Fiese Meinungsmache

Auch in der EU EAST STRATCOM TASK FORCE sind Giftköche am Werk. Sie schaffen es sogar, die simpelsten, vielfach bestätigten Tatsachen zu leugnen, zum Beispiel diese: „Die NATO und der Westen sind schuld an

der aktuellen Krise. Hätten sie sich an ihre Versprechen gehalten, die Allianz nicht zu erweitern, würde Russland sich nicht bedroht fühlen.“ (18)

Das Versprechen des vormaligen US-Außenministers James Baker ist nicht nur von ihm selbst und vom sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow bezeugt, sondern von mehreren Teilnehmern an den 2+4-Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Einheit. (19) Erst kürzlich hat der Hamburger Rechtswissenschaftler Norman Paech die Gegebenheiten wieder ausführlich dargelegt. (20)

Wer selber Propagandakompanien wie die EU EAST STRATCOM TASK FORCE finanziell unterstützt, kann keine Glaubwürdigkeit beanspruchen, wenn er russische Medien wie RT DE der Propagandamache bezichtigt. Ein Vertreter des CIA-gesponserten Clubs Reporter ohne Grenzen (21, 22) behauptete sogar, die Deutschen Welle habe „einen Beitrag zur unabhängigen Information in einem autoritären Umfeld geleistet.“ Das wird allerdings auch nicht dadurch wahr, dass er in einer Tagesthemen-Sendung vorbringen durfte. (23)

Die Deutsche Welle ist exakt das, was man gemeinhin unter Staatsfunk versteht: Der weitaus überwiegende Anteil ihres Haushaltes von 400 Millionen Euro wird vom Bundesfinanzminister aus Steuermitteln bereitgestellt und der DW von Kulturstaatsministerin Roth angewiesen. Der Sender ist zwar formal eine öffentlich-rechtliche Anstalt, wird aber faktisch vom Staat kontrolliert, trotz aller Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, die das verbieten. Nach dessen Urteil dürfen den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zwar noch einige staatliche oder staatsnahe Vertreter angehören, allerdings liegt deren Quorum bei höchstens einem Drittel. Bei der Deutschen Welle sitzen im siebenköpfigen Verwaltungsrat drei Staatsrepräsentanten (jeweils ein Vertreter des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung). Im DW-Rundfunkrat geht die Regelüberschreitung sogar noch weiter: Nur von fünf Mitgliedern lässt sich zweifelsfrei sagen, dass sie zumindest formal nichts mit dem Staat oder mit seinen Kirchen zu schaffen haben. (24) Des ungeachtet behauptet die Grüne Claudia Roth:

Nachrichten und Analyse

JANUAR 27, 2022 - ISSUE: 270

ALLE WEGE FÜHREN IN DIE UKRAINE: WIE RUSSLAND DESINFORMATION EINSETZT, UM DIE BEMÜHUNGEN VOR ORT ZU UNTERSTÜTZEN



Quelle: Homepage EU East Stratcom - <https://euvsdisinfo.eu/>

Wehrhafte Werte-Demokraten

Dafür, dass das demokratische Mäntelchen der staatlich geschützten Meinungsmacher nicht bekleckert wird, sorgt unser ebenso aufgeblähtes wie ineffektives Parlament. Dessen Abgeordnete lassen sich bei Kleinen Anfragen von der Bundesregierung schon mal mit Antworten abspeisen, die nach Propaganda statt nach Fakten



„Die DW ist zudem staatsfern organisiert. Das heißt, anders als bei RT DE nimmt der deutsche Staat keinen Einfluss auf die Programmgestaltung.“ (25)

Intendant in Springer-Stiefeln

Dass Russland mit dem Verbot der Deutschen Welle unverhältnismäßig reagiert habe, ist ein weiterer Irreführungsversuch, dem auch die Tageschau Vorschub leistet.

„Unabhängiger Journalismus wird in Russland immer weiter zurückgedrängt“ (26),

behauptet Demian van Osten, ein in Moskau aktiver ARD-Korrespondent. Allerdings hatte Intendant Peter Limbourg, vormals NATO-Korrespondent und erfahrener russophober Feindbildpflieger, bereits anno 2014, als er vom Springer-Konzern kommend gerade sein Amt als DW-Intendant angetreten hatte, unter dem Beifall von CDU-Abgeordneten geprahlt, er werde die

Deutsche Welle zum „Anti-Putin-Sender“ ausrichten. (27)

Es liegt ganz auf der transatlantischen AgitProp-Linie, RT DE als „Putins Propagandasender“ verächtlich zu machen, obwohl er zwar (wie die Deutsche Welle) aus Steuermitteln finanziert wird, aber als Privatkonzern organisiert ist. Dass umgekehrt die Deutsche Welle keinen professionellen Journalismus pflegt, sondern sich ähnlich wie das ARD-aktuell-Studio in Moskau auf Missionsreise im Auftrag des verkommenen „Wertewestens“ befindet, machen nicht nur Limbourgs Kraftsprüche deutlich. (28)

In Russland kam ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu dem Ergebnis, dass die Deutsche Welle im Sommer 2019 ihr Publikum zur Teilnahme an nicht genehmigten Protesten und illegalen Aktionen zur Störung der Wahlen aufgerufen habe. Schon damals war im Gespräch, die DW we-

gen ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands rauszuwerfen. Wider Erwarten wahrte die Regierung ihre erstaunliche Langmut. (29)

Zweifellos gilt: Wer ausländische Sender abschalten will, setzt sich meistens selbst ins Unrecht. Es ist allerdings ganz und gar nicht egal, wer aus welchen Gründen in einem bilateralen Konfliktfall damit angefangen hat. Das waren diesmal unsere böswilligen Berlin Politdarsteller.

Ihr ebenso widerrechtliches (s. Anm. 6) wie wirkungsloses (30) und deshalb stupides Verbot des Senders RT DE zeigt, dass mindestens zwei ihrer drei Fraktionen an der deutschen Krankheit leiden, lustvoll-heldisch auf die Schnauze zu fliegen.

Quellenangaben und Anmerkungen unter www.frieden-und-zukunft.de

"Nein zum Krieg" – Russische Künstler, Medienleute und Sportler gegen Militäreinsatz

Dutzende russische Sportler, Schauspieler und Sänger haben sich im Laufe des Donnerstags gegen den Krieg in der Ukraine ausgesprochen. In den sozialen Netzwerken veröffentlichten sie Videobotschaften sowie Beiträge mit einem schwarzen Quadrat und dem Slogan "Nein zum Krieg". - von der Redaktion RT DE | 24.2.2022 – 18:52

Dutzende russische Künstler, Moderatoren, Schauspieler und Sportler zeigten sich schockiert über die Ereignisse der letzten Stunden und sprachen sich gegen jede Art von Kriegshandlungen aus. Die Sängerin Manischa, die für Russland beim Eurovision Song Contest angetreten war, schrieb:

„Dies ist ein Morgen, an dem man es bereut, aufgewacht zu sein. Man weiß nicht, wohin man gehen soll, wem man helfen soll. Ich sitze auf der Bettkante und weine.“

Der Schriftsteller Boris Akunin meinte:

„Ich konnte bis zuletzt nicht glauben, dass Putin diesen absurden Krieg beginnen würde – und ich lag falsch. Ich habe immer geglaubt, dass am Ende die Vernunft siegen wird – und ich lag falsch. Der Wahnsinn hat gesiegt.“

Der Moderator Iwan Urgant schrieb:

"Angst und Schmerz. Nein zum Krieg."

Der Sänger Waleri Meladse veröffentlichte auf Instagram eine Videobotschaft, in der er dazu aufrief, den Krieg zu beenden:

„Heute ist etwas passiert, was niemals hätte passieren können und sollen. Die Geschichte wird eines Tages urteilen und alles auf den rechten Pfad bringen.“

Russische Journalisten verurteilten in einem offenen Brief die militärische Sonderoperation gegen die Ukraine. Sie erklärten:

„Wir, Korrespondenten russischer Medien und Experten, die über die russische Außenpolitik berichten, verurteilen die von Russland in der Ukraine eingeleitete Militäroperation.“

Bislang haben 100 Medienschaffende den Brief unterzeichnet. Auch russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten sprachen sich gegen die Kriegshandlungen in der Ukraine aus:

„Wir, russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten, protestieren gegen die von den Streitkräften unseres Landes in der Ukraine eingeleiteten Kriegshandlungen. Dieser fatale Schritt führt zu enormen menschlichen Verlusten und untergräbt die Grundlagen des etablierten Systems der internationalen Sicherheit.“

Das Schreiben haben mehr als 200 Experten unterzeichnet. Die russische Menschenrechtsaktivistin Marina Litwinowitsch rief alle Gegner des Militäreinsatzes auf, sich am Abend aus Protest in ihren Städten zu versammeln. Derzeit gelten in vielen russischen Städten immer noch pandemiebedingte Maßnahmen, die unter anderem Massenveranstaltungen verbieten.

In Jekaterinburg versammelten sich etwa hundert Menschen in der Innenstadt. Viele hatten Plakate mit der Aufschrift "Nein zum Krieg" dabei. Wie das Portal E1 berichtet, begannen Polizisten um 19 Uhr Ortszeit, die Menge zu zerstreuen.

Einige Demonstranten wurden festgenommen. Wie am Abend bekannt wurde, nahm die Polizei auch Litwinowitsch in Moskau fest.

Wie kommt Kriegspropaganda in unsere Medien?

von Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung, Berlin

Der EU-Abgeordnete Sonneborn (Die PARTEI) und sein Büroleiter haben den Schauprozess gegen Julian Assange in London verfolgt, kritisiert und dokumentiert. Sonneborn bringt sein Fazit auf den Punkt:

**Unsere Freiheit wird nicht
am Hindukusch verteidigt;
sondern in Belmarsh.
Free Assange!**



MARTIN SONNEBORN
Fraktionsloses Mitglied im Europäischen Parlament

Im Gegensatz zur medialen Vorbereitung und Begleitung des Kriegs in Afghanistan, den man lange so nicht nennen durfte, sind die Medien im Skandalfall Assange auffallend verhalten – erst langsam scheint es einigen im Journalismus Tätigen zu dämmern, dass hier ein wichtiger Präzedenzfall geschaffen wird, der sich auf sie und ihre Arbeit auswirkt.

Wenn das Aufdecken von Kriegsverbrechen als Verbrechen geahndet wird, die Verbrecher aber weiter unbehelligt agieren dürfen, dann ist das Signal klar – und wie u.a. Mark Nelson als Direktor des Centre for International Media Assistance sagte: „Keine Demokratie ohne freie Medien“.

Ein Problembewusstsein in Medien und Politik dafür scheint es vor allem in Bezug auf andere Weltgegenden zu geben, die eigene „Wertegemeinschaft“ wird zumindest vonseiten der Politik weniger kritisch in den Blick genommen.

Dazu passt auch der Satz des ehemaligen „Verteidigungsministers“ Peter Struck, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt.

Der Widerspruch zur Realität wurde damals von der Friedensbewegung bereits klar benannt, von Medien weitestgehend ignoriert. In weiteren Kreisen spricht es sich so langsam herum – nach vielen Toten mehr.

Was den Schauprozess gegen Julian Assange angeht, so setzen sich die Reporter ohne Grenzen, einige Journalistenverbände, viele Aktivisten

und der UNO-Sonderberichterstatter Dr. Nils Melzer für seine Freilassung ein; diverse Medien berichten sporadisch darüber – eine Medienkampagne, wie im Falle Nawalny, gibt es in Sachen Assange nicht.

„Krieg ist Frieden – Frieden ist Krieg“

Seitdem man den Krieg „Krieg“ nennen darf – dazu haben wesentlich der ehemalige Bundespräsident Köhler und der schillernde „Verteidigungsminister“ von und zu Guttenberg beigetragen – wird er als Argument für eine sich durchsetzende Kriegs-PR genutzt.

Es ist allerhöchste Zeit über Euphemismen nachzudenken und Spins in realistische Bezeichnungen umzubenennen, damit sie weniger Illusionen verbreiten – evtl. lässt sich die Umbenennung des „Verteidigungsministeriums“ in eine realistischere Bezeichnung als Schulwettbewerb ausschreiben.

Der aktuelle Sprachgebrauch erinnert an die in George Orwells messerscharfer Analyse „1984“ formulierten Floskeln, wie etwa „Krieg ist Frieden“ – wenn man es genau nimmt, ist das heute verbreitete „Krieg ist Friedenssicherung“ nicht so weit davon entfernt.

Es bedient zudem noch die Vorstellung (Prämisse), dass der Frieden realisiert sei, den es zu „sichern“ gälte; dabei befinden wir uns inzwischen im Jahr 23 der neuen Weltkriegsordnung, die der Krieg in Jugoslawien und die NATO-Doktrin von 1999 einleiteten.

Steigende Rüstungsausgaben und Bundeswehr-PR

Verharmlosende Bezeichnungen, wie auch die Einführung einer (noch) moderaten Kriegsrhetorik tragen zur Gewöhnung an den Kriegszustand bei – ebenso die Mode. Das Camouflage-Design lässt sich in Schulklassen an vielen Stellen beobachten: Tarnfleck auf Federmäppchen, Schulranzen, Kleidung und Bleistiften. Diese werden nicht nur als Merchandise-Produkte der BundesWEHR (ein weiterer Euphemismus) verteilt, sondern sogar freiwillig gekauft.

Die Finanzmittel für die Bundeswehr-PR nehmen zu und ist Teil einer riesigen Imagekampagne für Krieg als Fortsetzung der politischen Mittel. Die Aufstockung der Rüstung spricht hierzu ergänzend eine eindeutige Sprache. Natürlich haben Regierung und Parlament eine besondere Verantwortung für „unsere Soldaten“, zumal sie gegen das Mehrheitsvotum der befragten Bevölkerung diese in die Kriegseinsätze schicken.

Der immer wieder bemühte Solidaritäts-FRAME (Rahmung als...) für Soldaten und für Frauen und Kinder vor Ort widerspricht dem Fakt, dass sie zu Zwecken entsendet werden, die das Völkerrecht aushöhlen; so auch zur „Ressourcen- oder Ressourcenwege-Sicherung“ (siehe NATO-Doktrin 1999).

Eigentlich müsste dringend die Frage gestellt werden: Wer lässt hier wirklich die Soldaten im Stich? Diejenigen, die gegen Krieg sind, oder diejenigen, die Soldaten in Einsätze schicken, wo sie laut Grundgesetz nichts zu suchen haben, und mit fadenscheinigen Begründungen hehrer Aufgaben manipuliert werden?

Beispiel Afghanistan Krieg

Unabhängig von noch ungeklärten Details rund um 9/11 bleibt festzuhalten, dass eine Instrumentalisierung des Schocks und der Angst stattgefunden hat – ein aus der Geschichte bekanntes Phänomen und von Naomi Klein in ihrem Buch „Die Schockstrategie“ beschrieben – und uns die Kriege in Afghanistan und arabischen Ländern, wie den Irak, verkauft hat.

Gerade die wechselnden Kriegsgründe, die man am Beispiel des Afghanistankrieges nachzeichnen kann, lassen schnell die PR-Strategien erkennen. Erinnern wir uns – weil es viele Medien zum Ende des 20-jährigen Einsatzes versäumt haben – mit welchen Argumenten der Kriegseinsatz begründet wurde:

Zunächst sollte es um die Verfolgung des Terrorverdächtigen Osama Bin Laden gehen, dann um die Freiheit für alle mit besonderem Fokus auf Fortschritt für Frauen, bis hin zum Bau von Brunnen und Mädchenschulen.

Jenseits der vielleicht durchaus relevanten Einzelaspekte, ist allein am Austausch der Argumentation je nach politischem Wind die Instrumentalisierung durchschaubar.

Dass Osama Bin Laden gar nicht wegen 9/11 hätte ausgeliefert werden können, spielt(e) in der breiten Berichterstattung keine Rolle. Zum (offiziellen) Tod Osama Bin Ladens Anfang Mai 2011 erwähnt der Journalist und Jurist Heribert Prantl in seinem sehr lesenswerten Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung* vom 3. Mai 2011 lediglich, dass Bin Laden mit internationalem Haftbefehl gesucht wurde und moniert, dass eine rechtsstaatliche Überprüfung und Verurteilung nie stattgefunden habe, um eine „Polizeimaßnahme“, wie die gezielte Tötung in Pakistan evtl. zu werten wäre, zu legitimieren.

Dass nach dem (offiziellen) Tod von Osama Bin Laden der Krieg in Afghanistan noch 10 Jahre ohne den vermeintlichen Kriegsgrund fortgesetzt werden konnte, erforderte eine danach aufgelegte, jahrelange Propagandakampagne, die sich auf die vermeintliche Verteidigung von Frauenrechten konzentrierte

Kriegswerbung – Slogans für den Krieg

Einen frühen Hinweis erhielt man durch die Umbenennung der „Operation“, die zuerst *„Infinite Justice“* und schließlich *„Enduring Freedom“* genannt wurde. Claims (Slogan, Motto) sind wichtig für eine gelingende PR und Claims werden nur im äußersten Notfall geändert, ähnlich wie die Umbenennung politischer Parteien eine absolute Ausnahme darstellt und immer eine besondere Betrachtung verdient.

Umbenennungen aufmerksamkeitsrelevanter Slogans, Organisationsnamen oder Fachtermini sagen etwas über Konnotationen aus, die mit-schwingen. Der Claim *„Infinite Justice“* klang zu sehr nach Selbstjustiz, weil „Justice“ die Begriffe von „Gerechtigkeit“ und „Justiz“ aktualisiert. Die Rechtsprechung der Justiz ist aber Gerichten vorbehalten, eine solche spielte beim „Krieg gegen den Terror“ keine Rolle.

„Freedom“ hingegen war doppelt gut nutzbar. Es umging die Frage der Rechtsstaatlichkeit, des Völkerrechts und lieferte positive Konnotationen: Die Befreiung Afghanistans von „Al Quaida“, sowie die Befreiung des ganzen Landes von den Taliban – also Freiheit allumfassend, so die US-amerikanische Kriegs-PR. Auch der Wechsel von „infinite“ zu „enduring“ stellt eine Verbesserung dar, wenn die Idee von „endlos“/„unendlich“ mit dem Aspekt von „nachhaltig“ belegt wird.

Man kann ja nicht ein Volk dazu bewegen, Krieg gegen ein anderes Volk zu führen. Das weiß man aus der Propagandafor-schung. Es bedarf der Personalisierung des Bösen, ein Feindbild, eine möglichst leicht und präzise auszuschaltende Gefahr. Personalisierung und Dämonisierung im Kontext von Geopolitik (mit militärischen Mitteln) ist weit verbreitet und auch heute sehr aktuell.

Faktoren für mediale Vereinheitlichung

Angesehene **Nachrichtenagenturen**, deren Meldungen von vielen Medien aufgegriffen werden – zentral in Deutschland die dpa – zeichnen besonders verantwortlich für Vereinheitlichungstendenzen bei der Themen-Agenda, Wording und Framing.

Netzwerke von sehr einflussreichen Journalisten, die in bestimmten Bündnissen tätig sind und teilweise sogar Reden schreiben für Politiker, die sie später in ihren Medien kommentieren – ohne sich als Verantwortlicher für die Rede zu outen.

PR-Input in politische und Medien-Diskurse durch Medienberater, Spin-Doktoren und Think Tanks. Ein Beispiel dafür ist die **East StratCom Task**



Foto: Präsentation des Bildes von Bibi Aisha bei der World Press Photo 2011 (Wikipedia)

Dieses Foto mit abgeschlagener Nase und Ohren, das am 9.8.2010 vom Time Magazin veröffentlicht wurde, sorgte dafür, dass die seinerzeit laufende Abzugsdebatte medial gestoppt wurde. Zum „Schutz von Frauen und Kindern“ wurde der Kriegseinsatz in Afghanistan verlängert.

Das Bild war damals bereits mindestens ein Jahr alt und die Misshandlung der Frau war in Anwesenheit der ausländischen Truppen erfolgt. (aus Friedensjournal Nr. 5/2021)

Force: Dies stellt ein Joint Venture zwischen EU-Kommission und NATO dar.

Warum Julian Assange als Exempel?

Wie der Sonderbeauftragte für Folter der UNO, Nils Melzer, richtig vermutet, dürfte das erkennbare Ziel, an Julian Assange ein Exempel zu statuieren, damit begründet sein, dass dieser störte und in Freiheit weiter stören würde. Schließlich enthüllte er bereits im Juli 2010 über Wikileaks die Kriegsverbrechen durch die ISAF-Truppen in Afghanistan. Er hielt sich nicht an Tabus, Blattlinien und einen unausgesprochenen, aber spürbaren Mainstream.

Wenn es den PR-Strategen gelingt, dass sich Medien in „die Guten“ und „die Bösen“ einteilen lassen, wie man am aktuellen Diskurs über „alternative Medien“ bereits ablesen kann, dann schwächt man kritische Analysen und störende Recherchen insgesamt. Das sollte allen klar sein, die aktuell glauben, auf der „richtigen Seite“ zu stehen.

Quellenangaben und Anmerkungen unter www.frieden-und-zukunft.de

Kriegspropaganda und „Strategische Kommunikation“ der NATO

von Bernhard Trautvetter, Essener Friedensforum

Die Friedensforscherin Martina Fischer (Brot für die Welt) kritisierte kürzlich in einem Interview zum Konflikt zwischen der NATO und Russland sowie der Ukraine, sie

„beobachte, dass viele politische und mediale Diskurse den Konflikt einseitig darstellen und nicht die ganze Geschichte erzählen. (...) In Deutschland geht es vorrangig um die Erzählung, dass die NATO im Recht und Russland völlig im Unrecht ist.“ [1]

Diese Einseitigkeit hat System: Die NATO perfektioniert ihre 'Strategische Kommunikation' (StratCom) beständig, seit sie diese Methode der Beeinflussung der Ökonomie aufgegriffen hat:

„Der Ausdruck *Strategische Kommunikation* bezeichnet ein Bündel an zeichenbasierten und in der Regel medien-gestützten Aktivitäten, mit denen Individuen, Gruppen oder Organisationen versuchen, die Akzeptanz für ihre politischen, ökonomischen, rechtlichen oder anderweitig motivierten Interessen bei ausgewählten Zielgruppen zu halten oder zu erhöhen.“ [2]



28th November 2021

EU Commission President and NATO Secretary General visit NATO StratCom COE



Quelle: <https://stratcomcoe.org>

Mit Strategischer Kommunikation (StratCom) haben die Militärs Beeinflussungs-Taktiken entwickelt, bei denen

„.....Kommunikation Teil der Strategie sein muss – in der Tat ist im heutigen Informationsumfeld das Verständnis der

Zielgruppen und ihrer – wahrscheinlichen – Verhaltensweisen (...) und das Wissen, wann und wie man die jeweiligen Kommunikationsmittel einsetzt – von der sanftesten, weichen Macht bis zur härtesten, kinetischen Macht – der Schlüssel zur Lösung künftiger komplexer Probleme. (...)

StratCom ist die Präsenz von Worten, Taten und Bildern, aber auch deren Abwesenheit und das Wissen, wann welches Mittel für welches Publikum angemessen ist“,

so Steve Tatham, Chairman der Herausgeber des Journals des NATO-Strategic Communication Center in Riga [3].

Die Militärstrategen entwickeln diese Methode der Zielerreichung für ihre Absichten in allen Phasen militärischer Aktivitäten immer weiter, auch in Augenblicken des „Scheiterns“, aus denen sich genauso viel lernen lässt wie aus allen anderen Phasen ihres Tuns. Als Beispiel sei hier das Scheitern in Afghanistan und im Irak erwähnt, das nahelegt,

„dass es einen anderen Weg geben muss, um andere Bevölkerungen vom liberal-demokratischen Weg des Westens als dem optimalen Weg zu einem guten oder zumindest einem besseren Leben zu überzeugen.“

In einer von Bildern geprägten Medienlandschaft hat der 11. September gezeigt, dass eine einfache Semiotik im Vergleich mit dem Preis von Panzern und Kampffjets sowohl effektiv als auch billig ist. Strategische Kommunikation, (...) ist ein (...) Feld (...), das sich auf Theorien und angewandte Techniken der Verhaltenswissenschaften, der politischen Kommunikation, der Kulturanthropologie und des Marketing stützt. Jene, die mit der Operationalisierung der strategischen Kommunikation betraut sind, greifen auf diese Bereiche zurück....“;

so Dr. Neville Bolt, Chefredakteur des Journals [4].

Massenmanipulation als Kriegsgerät

Die NATO nutzt die Methode des Einsatzes preiswerter Massen-Manipulation statt Panzer und Jets nicht nur im Kampf gegen ihre Rivalen. Sie nutzt sie auch für die Manipulation der Bevölkerung im Westen und weltweit, wie sich aus Dokumenten der Essener NATO-Tagung zum Thema 'Strategische Kommunikation' im Herbst 2015 ergibt:

Dort beklagten die Strategen, dass sogenannte 'feindliche Einheiten' ("Entities hostile to NATO") – wohlgermerkt, nicht Staaten, sondern 'Kräfte' – das Problem verursachen und stärken, dass die Bevölkerung der NATO-Staaten dem Militärischen und den Operationen der Militärs mit Skepsis gegenübersteht [5]. Um das zu ändern, greifen die NATO und sie unterstützende Kräfte zur Strategischen Kommunikation. Dazu besagt das PSYOP-Buch der US-Armee:

„Psychologische Operationen können unterschiedliche Formen annehmen. Sie können offen oder verdeckt erfolgen; sie können unterschiedliche Medien wie Radio, Fernsehen, Lautsprecherdurchsagen, Flugblattverteilungen oder soziale Medien nutzen. Sie können darauf abzielen, kämpfende Gruppen, die Zivilbevölkerung oder eine Kombination davon zu beeinflussen.“ [6]

Die Beeinflussung erfolgt mit Methoden, die der Empirie und der Propaganda-Forschung entstammen,

„Propaganda stellt eine Form der Kommunikation dar, die versucht, unter Verwendung von informativer und persuasiver Kommunikation einen Gewinn“

für den Akteur zu erzielen [7]. 'Persuasiv' ist Kommunikation, die Empfänger von Botschaften zu einer Haltung bewegen soll, die seine Überzeugungen den Zielen des Akteurs anpasst.

Die Konferenzunterlagen der Essener Strategietagung zur Strategischen Kommunikation zeigen, wie die NATO-Kommunikation dies mit klaren und einfach wirkenden Mustern, die wiederholt auf Menschen, beziehungsweise

se auf die Öffentlichkeit wirken, umsetzt:

Einfache Geschichten mit klarem Gut-Böse-Muster, die man in ständig anderer Form verbreitet, auch in sozialen Medien; man will sich Vorteile verschaffen, unter anderem mit Hilfe von Geschichten, beispielsweise über

„gut trainierte junge Menschen, die eine fantastische und noble Arbeit in herausfordernden Umständen erledigen“ [8].

Diese Geschichten sollen eine menschliche Dimension enthalten, auch dadurch, dass „direkt im Herz der Aktionen Beteiligte“ über sie berichten. Am besten eignen sich Berichte von Piloten, die „humanitäre Hilfe zu hungernen Kindern“ brachten, oder Militärs, die mit großer Präzision böse Kerle beobachteten – sie sind ja die Guten – und dann auf Basis intelligent zusammengestellter Bildmaterialien ihren Schlag ausführten [9].

Ebenfalls eignet sich schwungvoll-harmonische und inspirierende Musik für die Strategische Kommunikation, so das Manuskript zur Vorbereitung der Essener NATO-Konferenz 2015 [10].

Die NATO präsentiert sich regelmäßig als Allianz, die das internationale Gesetz „absolut respektiert“, rein auf Verteidigung ausgerichtet ist und auf den Prinzipien der Demokratie, des Respekts der Menschenrechte und des Rechts beruht [11]. So könnte man die Botschaft verkaufen, die „Kraft für das Gute“ zu sein [12].

Dies erfüllt den Charakter der Propaganda als Täuschung der Öffentlichkeit mit Fake-News, da die NATO dasjenige Staatenbündnis ist, von dessen Gebiet aus die meisten und häufigsten Völkerrechtsverletzungen seit dem Ende des Kalten Krieges ausgegangen sind und ausgehen – sei es in der Großregion um den Golf, um Nordafrika, Syrien oder dem Balkan.

Zudem kooperiert sie offen mit brutalen Diktaturen wie der Saudi Arabiens, ein Staat, mit dem die USA milliardenschwere Waffengeschäfte abwickeln [13].

Schwarz-Weiß-Geschichten in der Dauerschleife

Zusammengefasst ergibt sich ein System der Gehirnwäsche in der westlichen Öffentlichkeit durch beständige

Berieselung der Menschen mit einfachen Schwarz-Weiß-Geschichten, Halbwahrheiten, psychologisch-atmosphärischer Einbettung gefilterter Nachrichten über diverse Medien der Massenkommunikation und Plattformen im Netz, lippenbekenntnis-artigem Bezug zum internationalen Recht und der Geschichte, man würde als Ultima Ratio den Frieden mit Krieg verteidigen.

Die Waffengeschäfte der eigenen Rüstungsindustrie werden dabei genauso ausgeblendet wie die Schädigungen der Biosphäre durch Militär und Kriegsfolgen und die eigenen Rechtsbrüche, etwa in Guantanamo und Abu Ghraib, Libyen und in weiteren Kriegsgebieten.

Auch das Legitimationsnarrativ, die NATO müsse beständig weiter aufrüsten, um mit ihren Rivalen mithalten zu können, erweist sich als Desinformation, da die NATO-Staaten ohne ihre Bündnisstaaten bereits jetzt drei Mal so viel für den Militärsektor aufwenden wie China und Russland [14].

Quellenangaben und Anmerkungen unter www.frieden-und-zukunft.de

Prioritäten deutscher Medien

Was wissen wir über andere Länder – und über welche? Studie der Otto-Brenner-Stiftung macht viele weiße Flecken in der Berichterstattung aus

Die Welt verblasst in der Wahrnehmung. Was die Menschen über andere Länder wissen, wurde in den letzten Jahren oberflächlich – und über manche Länder ist schlicht nichts bekannt, weil über sie nicht berichtet wird. Die Auslandsberichterstattung der deutschen Medien ist in der Krise, zeigt eine aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Marc Engelhardt, langjähriger Auslandskorrespondent und Autor der Studie, benennt darin die Gründe für diese Entwicklung.

Als die Taliban wieder in Kabul einmarschierten, war die Öffentlichkeit überrascht und fragte sich, wieso es dazu kommen konnte. Die Bundeswehr ist seit Jahren in Mali im Einsatz, doch was wissen die Deutschen über das afrikanische Land und seine Konflikte?

Ist es Deutschen wirklich möglich, das Phänomen Donald Trump und seinen Erfolg in den USA zu verstehen? Die Antwort lautet in der Regel: Nein.

Hinter diesen drei Beispielen verbirgt sich dasselbe Problem: Manchen Ländern wird von den Medien überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt – und manchen nur selektiv. Auch um den bewaffneten Konflikt in der Ukraine war es nach 2014 still geworden, bis vermehrt russische Truppen in Grenznähe verlegt wurden.

Eine Langzeitauswertung von 23 überregionalen und regionalen Zeitungen in Deutschland mit den höchsten Auflagen hat ergeben: Über kein anderes Land in der Welt wird so viel berichtet wie über die USA.[...]

Andere Länder wurden von den Medien in diesem Zeitraum vollkommen ignoriert: die umkämpfte Westsahara zum Beispiel oder die Republik Moldau, eines der ärmsten Länder Europas. [...]

Dabei handele es sich hier um Länder, so Engelhardt, die nicht nur mit einer kulturell und politisch reichhaltigen Geschichte aufwarten können, sondern auch aus geostrategischen Gründen für die deutsche Außenpolitik von großem Interesse sein sollten.

Oftmals würden diese Berichte zudem von Redakteuren verfasst, die auf Pressereisen – etwa mit Ministern – vor allem bestätigen, was sie vorher anderswo gelesen haben. *„Eine kritische Beleuchtung der Geschehnisse im Land und auch des Bundeswehreininsatzes ist so unmöglich“*, betonte Engelhardt. [...]

Russland gehört dagegen zu den Ländern, über die am häufigsten berichtet wird; doch das Land zählt ebenso zu den großen Unbekannten. Politische Berichte aus Moskau erzeugten weniger Kosten als zum Beispiel eine aufwendige Reise durch den Altai, [...]

Telepolis | 26.2.2022 (Bernd Müller)

Zensurmechanismen im digitalen Zeitalter

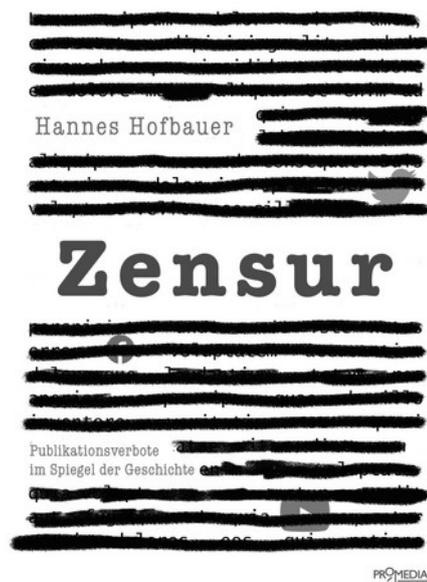
von Hannes Hofbauer, Wien

Vorab-Auszug aus dem Buch: **Zensur - Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung**

Promedia-Verlag, 248 Seiten, € 19,90

ISBN: 978-3-85371-497-3

Erscheinungstermin: 15.3.2022



Die technische Entwicklung einer Durchdigitalisierung von immer mehr Arbeits- und Lebensbereichen spielte monopolartig auftretenden Medienkonzernen die Definitionshoheit von Meinungs- und Pressefreiheit in die Hände, die sie – mit staatlicher bzw. EU-suprastaatlicher Unterstützung – für sich zu nutzen wissen.

Das jahrzehntelang gültige Narrativ, wonach Fortschritt und Menschenrechte aus den Tiefen des westlichen Kulturkreises kämen, droht seine Attraktivität und somit auch seine Gültigkeit zu verlieren. Um diesen Verlust aufzuhalten, ist vor allem Brüssel angetreten, die EU-europäischen Völker mit anfangs verdeckten und später immer offener formulierten Wahrheitsdekreteten zu versorgen, auf dass die historische, politische und kulturelle Lesart der Selbstdarstellung möglichst alternativlos das diskursive Terrain beherrscht.

Mit Gesinnungsgesetzen gegen Meinungsfreiheit

Der erste massive Vorstoß gegen die Meinungsfreiheit im 21. Jahrhun-

dert kam am 28. November 2008 über einen EU-Rahmenbeschluss. Seidenweich verpackt in antirassistisches Vokabular, wandte sich dieser Beschluss vordergründig gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wogegen wirklich niemand etwas einwenden konnte.

Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurden darin aufgefordert, Erniedrigungen von Minderheiten vorzubeugen und ihre jeweiligen nationalen Gesetze entsprechend anzupassen. Es ginge, so im Text des Rahmenbeschlusses, um »die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit«. Soweit, so klar, aber nicht so unmissverständlich.

Denn hinter den hehren Worten verbarg sich ein Gesinnungsparaph, der es in sich hat. Schon in Artikel 1 des EU-Rahmenbeschlusses geht es zur Sache. Es heißt dort :

»Jeder Mitgliedsstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass folgende vorsätzliche Handlungen unter Strafe gestellt werden: das öffentliche Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit/ Menschheit und Kriegsverbrechen im Sinne der m Artikel 6,7 und 8 des Status des Internationalen Strafgerichtshofs.«

Damit war die Katze aus dem Sack. Denn hinter der Fassade des Antirassismus und der Menschenliebe lugte mit einem Mal der unbedingte Wille hervor, die Definitionshoheit über Völkermord zu erlangen und Zweifel daran unter Strafe zu stellen.

Man mag dazu unbedarft einwenden, dass es wohl vernünftigerweise niemanden geben wird, der einen Völkermord billigt oder leugnet. Es stellt sich aber die Frage, wer dazu auserkoren wird, kriegerische Auseinandersetzungen – und um solche handelt es sich bei dieser Debatte in den meisten Fällen – als völkermörderisch einzuschätzen oder eben nicht.

Ein damals und bis heute virulentes Beispiel mag die Schwierigkeit bei der Definition sein, weil dahinter ein Kampf um die Deutungshoheit geopo-

litischer Ereignisse bzw. Verschiebungen tobt.

Im bosnischen Bürgerkrieg zur Mitte der 1990er Jahre war die muslimische Seite schnell mit der Zuordnung »Völkermord« für serbisch-bosnische Kriegshändel bei der Hand. Insbesondere den Massakern vom Juli 1995 in der Bergarbeiterstadt Srebrenica wurde von der muslimisch-bosnischen Führung die Punze »Völkermord« aufgedrückt.

Die serbisch-bosnische Seite wiederum bestritt (und bestreitet bis heute), dass es sich dabei um eine willentliche Ausrottung aus ethnischen Gesichtspunkten gehandelt habe, was der UN-Definition von Genozid entspräche.

Mitten im Völkerschlachten hatten beide Seiten Kriegsverbrechen begangen und die jeweils andere nicht geschont. Nun im Nachgang zum Bürgerkrieg nur eine Seite des schwersten Verbrochens zu bezichtigen, mag für die muslimische Seite aus strategischer Sicht auch in Hinblick auf ihren Gründungsmythos verständlich sein, hält aber der grausamen Kriegswirklichkeit nicht Stand.

Für unser Zensur-Thema von Bedeutung ist, dass ausgerechnet die Europäische Union in einem Rahmenbeschluss die Leugnung von Völkermord unter Strafe stellt. Immerhin waren 14 ihrer Mitgliedstaaten im ersten Out-of-Area-Einsatz der NATO in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien im März 1999 beteiligt.

Die Durchsetzung der Erzählung, es habe sich dabei eben nicht um einen ohne UN-Mandat durchgeführten Überfall auf Belgrad gehandelt, sondern um einen unvermeidbaren Einsatz zur Verteidigung von Menschenrechten, steht ganz oben auf der Agenda der damals 19 NATO-Mitgliedsstaaten. Dadurch sollen die 78 Bombentage und Bombennächte gerechtfertigt werden.

Spätestens im Jahr 2013 hätte der EU-Rahmenbeschluss in nationale Gesetze gegossen sein sollen. In Deutschland könnte der Paragraph 130 StGB (Volksverhetzung) für das

Leugnungsverbot in Beschlag genommen werden, wobei bis zum Winter 2021/22 explizit nur die Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen erwähnt wird. Die Vorgaben der Europäischen Union, diesen Straftatbestand breiter auszurollen und damit über die Leugnung des Holocausts hinausgehende Gesinnungsparagraphen zu implementieren, bleiben aufrecht.

Mit einer »Task force« gegen unliebsame Veröffentlichungen

Die Geschehnisse rund um den Kiewer Majdan und den verfassungswidrigen Regimewechsel ließen in der Europäischen Union die Alarmglocken läuten. Ein anfänglich friedlicher Protest von Jugendlichen gegen die Entscheidung des Präsidenten Janukowitsch zur Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens war in Windeseile von rechtsradikalen Paramilitärs unterlaufen und für ihre Zwecke des Machtwechsels instrumentalisiert worden.

Transatlantische Außenpolitiker wie der deutsche Außenminister Guido Westerwelle und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton mischten sich in den ersten Dezemberwochen 2013 zwischen Molotow-schmeißende Aktivisten der rechtsradikalen Organisation »Swoboda«, um ihre Solidarität mit der – wie sie es nannten – ukrainischen »Demokratiebewegung« zu zeigen.

»Swoboda« nimmt für sich in Anspruch, die Nachfolge der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) angetreten zu haben, die unter anderem den Massenmord an den Lemberger Juden Anfang Juli 1941 verantwortet.

Das im Westen gepflegte Narrativ, es handle sich bei der Majdan-Besetzung um eine Demokratiebewegung, widersprach allerdings den Bildern, die täglich aus Kiew in die EU-europäischen Haushalte gelangten.

Peinlicherweise waren es russische Medien vor Ort, die in englischer, deutscher, französischer und spanischer Sprache verstörende Berichte sendeten. Da konnte man Aktivisten von »Swoboda« oder dem »Rechten Sektor« sehen, wie sie Brandbomben auf Polizisten warfen oder mit Schusswaf-

fen gegen Ordnungskräfte vorgingen. Die Mär von der friedlichen Revolution demokratiebewegter Bürger hielt den Tatsachen vor Ort nicht Stand.

Brüssel sorgte sich um sein Narrativ. Dieses baute darauf auf, mittels einer wirtschaftlichen Assoziation die Ukraine an die EU heranzuführen, unterstützt von einer friedlichen Demokratiebewegung.

Stattdessen sah man bewaffnete Paramilitärs, die auch außerhalb des Majdan Jagd auf Unterstützer des alten Präsidenten machten und bald darauf eine irreguläre Armee bildeten, die im Osten der Ukraine gegen Russischsprachige und Kiew-Kritiker ins Feld zog.

Es waren die negativen Erfahrungen in der Kommunikation mit den Abläufen am Kiewer Majdan und dem Regimewechsel in der Ukraine, die Brüssel veranlassten, harte Maßnahmen gegen russische Medien zu erlassen. EU-Kommission und EU-Parlament wollten für die weitere Entwicklung ein möglichst unwidersprochenes Meinungsmonopol garantieren. Darin durfte das Bild einer sich nach Demokratie und westlicher Lebensweise sehenden ukrainischen Bevölkerung nicht durch die rechtsradikale und nationalistische Kiewer Wirklichkeit gestört werden.

Zumindest den BürgerInnen der Europäischen Union war nur eine hehre, demokratische, rechtmäßige und friedliche Ukraine zumutbar. Deshalb gründete Brüssel im März 2015 ein »Strategisches Kommunikationsteam Ost« (»East StratCom Task Force«); es war ein erster Vorläufer einer De-facto-Zensurbehörde zur Durchsetzung des eigenen Narrativs. In allen EU-Mitgliedsstaaten wurden dafür mediale Einsatzkommandos implementiert.

Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Die Idee des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes war es ursprünglich, die global agierenden Kommunikationskonzerne und Datensammler ein wenig an die rechtsstaatliche Leine zu legen. Sie sollten zur Mitwirkung an der Verfolgung krimineller Handlungen verpflichtet werden. Dazu wurde Facebook, YouTube, Twitter, Instagram

& Co. die Pflicht zur Durchsicht der von ihnen verbreiteten Inhalte auferlegt. Vergleichsweise hohe Strafen bei Zuwiderhandeln bzw. Fahrlässigkeit untermauerten den staatlichen Willen zur Kontrolle.

Das NetzDG trat mit 1. Oktober 2017 in Kraft und wurde seitdem mehrfach ergänzt. Der damalige deutsche SPD-Justizminister Heiko Maas stellte sein Gesetzeswerk am liebsten in einer Weise dar, damit das Böse aus dem Internet verdammen zu wollen. Tatsächlich konzentrierte sich das Augenmerk in Windeseile auf die Verfolgung von »Hasskriminalität und strafbare Falschnachrichten«, wie es auf der Homepage des Justizministeriums heißt.

Die interpretative Dehnbarkeit der beiden Begriffe gibt zu denken, denn weder »Hass« noch »Falschnachricht« können mit einer brauchbaren juristischen Definition aufwarten. Sie bieten sich geradezu in idealer Weise als politischer Bauchladen an, aus dem heraus sich – je nach Thema und Themenhöhe – der Staat und/oder der Konzern bedienen kann, sprich: seine Löschung betreiben oder seine juristische Verfolgung starten kann.

»Fake News« sind es denn auch, also Falschnachrichten, die hauptsächlich im Visier des neuen Zensorenregimes stehen, das für konkrete Zuständigkeit kaum fassbar irgendwo zwischen Berliner Justizministerium und US-amerikanischen Konzernzentralen angesiedelt ist. Denn das NetzDG funktioniert bzw. soll nach dem Prinzip der »regulierten Selbstregulierung« funktionieren.

Im Klartext: Diejenigen, die in ihrer Macht beschränkt werden sollen, also Facebook, YouTube und Co., werden in die rechtsstaatliche Verantwortung inkludiert; oder, wie es der Chefredakteur von »netzpolitik.org«, Markus Beckedahl, in einem Gastkommentar für die Süddeutsche Zeitung am 28. Juni 2017 auf den Punkt bringt: Das NetzDG

»nimmt die Rechtsauslegung über potenziell strafbare Inhalte und die Entscheidung darüber, was offensichtlich strafbar ist, aus der Verantwortung von Gerichten und überträgt sie den Plattformen.«

Die NATO als Sieger im Informationskrieg

von Alfred de Zayas, USA

Der nachfolgende Beitrag ist die deutsch übersetzte und redaktionell gekürzte Fassung eines Beitrages, die auf der US-Homepage Counterpunch am 24.1.2022 unter dem Titel „NATO as Religion“ erschienen ist. Näheres zum Autor unter www.frieden-und-zukunft.de

Die Kontroverse USA/NATO/Ukraine/Russland ist nicht ganz neu. Wir haben das Potenzial für ernsthafte Probleme bereits 2014 gesehen, als sich die USA und die europäischen Staaten in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischten und verdeckt/offen am Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, mitwirkten, weil er nicht das Spiel spielte, das ihm vom Westen aufgetragen wurde. Natürlich feierten unsere Medien den Putsch als "Farbrevolution" mit allen demokratischen Vorzeichen.

Die Krise 2021/22 ist die logische Fortsetzung der Expansionspolitik, die die NATO seit dem Untergang der Sowjetunion verfolgt, wie zahlreiche Professoren des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen seit langem festgestellt haben - darunter Richard Falk, John Mearsheimer, Stephen Kinzer und Francis Boyle. Mit ihrem Vorgehen setzt die NATO den Anspruch der USA um, ihr sozioökonomisches Modell ungeachtet der Präferenzen souveräner Staaten und des Selbstbestimmungsrechts der Völker in andere Länder zu exportieren.

„Qualitätspresse“ als Echokammern der NATO

Obwohl sich die Darstellungen der USA und der NATO bei zahlreichen Gelegenheiten als unzutreffend und manchmal auch als bewusst verlogen erwiesen haben, ist es eine Tatsache, dass die Mehrheit der Bürger in der westlichen Welt unkritisch glaubt, was ihnen erzählt wird. Die "Qualitätspresse", darunter die New York Times, die Washington Post, die Times, Le Monde, El Pais, die NZZ und die FAZ sind allesamt wirksame Echokammern des Washingtoner Konsenses und unterstützen mit Begeisterung die PR- und geopolitische Propagandaoffensive.

Ich denke, man kann ohne Angst vor Widerspruch sagen, dass der einzige Krieg, den die NATO je gewonnen hat, der Informationskrieg ist. Einer willfähigen und mitschuldigen Mediengruppe ist es gelungen, Millionen von Amerikanern und Europäern davon zu überzeugen, dass die giftigen Erzählungen der Außenministerien wirklich wahr sind. Wir glauben an den Mythos des "Arabischen Frühlings" und des "EuroMaidan", aber wir hören nie etwas über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, einschließlich der Russen in Donezk und Lugansk, und über das, was man ohne weiteres als "Krim-Frühling" bezeichnen könnte.

„False Flag“-Operationen werden nicht hinterfragt

Oft frage ich mich, wie das möglich ist, wenn wir wissen, dass die USA in früheren Konflikten bewusst gelogen haben, um Aggression als "Verteidigung" erscheinen zu lassen. Wir wurden im Zusammenhang mit dem "Golf von Tonkin"-Vorfall und den angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak belogen. Es gibt zahlreiche Beweise dafür, dass die CIA und M15 Ereignisse unter "falscher Flagge" im Nahen Osten und anderswo organisiert haben. Woran liegt es, dass die Masse der gebildeten Menschen es versäumt, etwas Abstand zu nehmen und mehr zu hinterfragen? Ich wage die Hypothese, dass das Phänomen NATO am besten zu verstehen ist, wenn man es als eine säkulare Religion betrachtet. Dann dürfen wir ihren unplausiblen Erzählungen Glauben schenken, weil wir sie für bare Münze nehmen können.

„Wir sind die Guten“

Natürlich ist die NATO kaum eine Religion der Seligpreisungen und der Bergpredigt (Matthäus V, 3-10), abgesehen von einer typisch westlichen Seligpreisung - Beati Possidetis - selig sind die, die besitzen und in Besitz nehmen. Was mein ist, ist mein, was dein ist, ist verhandelbar. Was ich besitze, habe ich mir schlicht und einfach genommen. Wenn wir die NATO als eine Religion betrachten, können wir

bestimmte politische Entwicklungen in Europa und im Nahen Osten, in der Ukraine, in Jugoslawien, in Libyen, in Syrien und im Irak besser verstehen.

Das Credo der NATO ist in gewisser Weise calvinistisch - ein Credo für und durch die "Auserwählten". Und per Definition sind wir im Westen die "Auserwählten", das heißt "die Guten". Nur wir werden das Heil haben. Das kann man alles im Glauben annehmen. Wie jede Religion hat auch die NATO-Religion ihr eigenes Dogma und Lexikon. Im Lexikon der NATO ist eine "farbige Revolution" ein Staatsstreich, Demokratie ist gleichbedeutend mit Kapitalismus, humanitäre Intervention bedeutet "Regimewechsel", "Rechtsstaatlichkeit" bedeutet UNSERE Regeln, "Satan Nr. 1" ist Putin und Satan Nr. 2 ist Xi Jinping.

Illegale Kriege

Beispiele? Das WMD-Propagandakonstrukt von 2003 war nicht nur eine einfache "pia fraus" - oder Notlüge. Sie war gut inszeniert, und es gab viele Beteiligte. Das Traurige daran ist, dass eine Million Iraker mit ihrem Leben bezahlt haben und ihr Land verwüstet wurde. Als Amerikaner riefen ich und viele andere "nicht in unserem Namen". Aber wer hat zugehört? UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete die Invasion wiederholt als Verstoß gegen die UN-Charta, und als er von Journalisten um eine Klarstellung gebeten wurde, bekräftigte er, dass die Invasion "ein illegaler Krieg" war.

Schlimmer noch als ein illegaler Krieg war die Invasion der schwerste Verstoß gegen die Nürnberger Prinzipien seit den Nürnberger Prozessen - ein echter Aufstand gegen das Völkerrecht. Nicht nur die USA, sondern auch die so genannte "Koalition der Willigen", 43 Staaten, die angeblich der UN-Charta und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verpflichtet sind, haben vorsätzlich gegen die internationale Rechtsstaatlichkeit verstoßen.

Man sollte meinen, dass, nachdem man in Fragen von Leben und Tod belogen worden ist, eine gesunde Skepsis, ein gewisses Maß an Vorsicht einsetzen würde, dass vernünftige Men-

schen denken würden: "Haben wir diese Art von Propaganda nicht schon einmal gehört?" Aber nein, wenn die NATO tatsächlich eine Religion ist, dann glauben wir von vornherein an ihre Verlautbarungen. Wir stellen Jens Stoltenberg nicht in Frage. Es scheint eine stillschweigende Übereinkunft darüber zu geben, dass Lügen in Staatsangelegenheiten "ehrenhaft" sind und dass es "unpatriotisch" ist, sie in Frage zu stellen - wieder der machiavellistische Grundsatz, dass der vermeintlich gute Zweck die bösen Mittel heiligt.

Religion für Tyrannen und Kriegstreiber

Die NATO hat sich als die perfekte Religion für Tyrannen und Kriegstreiber herausgestellt, nicht anders als andere expansive Ideologien der Vergangenheit. Tief im Innern waren die Römer stolz auf ihre Legionen, die französischen Grenadiere starben gern für Napoleons Ruhm, GIs zu Tausenden applaudierten den Bombenangriffen auf Vietnam, Laos und Kambodscha.

Die NATO stützt sich auf das von den USA seit mehr als zwei Jahrhunderten praktizierte Dogma des "Exzeptionalismus". Demnach stehen sowohl die USA als auch die NATO über dem Völkerrecht - sogar über dem Naturrecht.

Außerdem haben wir uns im Westen so sehr an unsere "Kultur des Betrugs" gewöhnt, dass wir überrascht reagieren, wenn ein anderes Land nicht einfach akzeptiert, dass wir es betrogen haben. Diese Kultur des Betrugs ist uns so sehr zur zweiten Natur geworden, dass wir es nicht einmal merken, wenn wir jemand anderen betrügen. Es handelt sich um eine Form des Raubtierverhaltens, das die Zivilisation noch nicht ausmerzen konnte.

Ist aber die NATO nicht auch ein Ausdruck des Imperialismus des 21. Jahrhunderts, ähnlich dem Neokolonialismus? Die NATO provoziert und bedroht nicht nur geopolitische Rivalen, sie plündert und beutet auch ihre eigenen Mitgliedstaaten aus - nicht zu deren eigener Sicherheit, sondern zum Nutzen des militärisch-industriellen Komplexes. Es sollte jedem klar sein - ist es aber nicht -, dass die Sicherheit Europas im Dialog und im Kompromiss

liegt, im Verständnis für die Ansichten aller auf dem Kontinent lebenden Menschen.

NATO-Verbrechen: nur „bedauerliche Fehler“

Die Verbrechen, die die NATO in den letzten 73 Jahren begangen hat, sind nach gängiger Auffassung keine Verbrechen, sondern bedauerliche Fehler. Als Historiker - und nicht nur als Jurist - räume ich ein, dass wir den Kampf um die Wahrheit vielleicht verlieren werden. Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass die Propaganda der NATO in dreißig, fünfzig oder achtzig Jahren als die akzeptierte historische Wahrheit erscheinen wird - fest zementiert und in den Geschichtsbüchern wiederholt. Das liegt zum Teil daran, dass die meisten Historiker, wie Anwälte, Auftragskiller sind. Vergessen Sie die Illusion, dass die historische Objektivität mit der Zeit zunimmt.

Ganz im Gegenteil, alle Lügengeschichten, die Augenzeugen heute entlarven können, werden letztendlich zur akzeptierten Geschichtsdarstellung, wenn die Experten alle tot sind und die Darstellung nicht mehr in Frage stellen können. Vergessen Sie freigegebene Dokumente, die dem Narrativ widersprechen, denn die Erfahrung zeigt, dass sie nur sehr selten eine fest verankerte politische Lüge zu Fall bringen können. In der Tat wird die politische Lüge erst dann sterben, wenn sie nicht mehr politisch nützlich ist.

Was wir glauben wollen, glauben wir

Leider glauben viele Amerikaner und Europäer weiterhin an die NATO-Lüge - vielleicht, weil es einfach und beruhigend ist zu glauben, dass wir die "Guten" sind und dass die großen Gefahren "da draußen" die NATO für unser Überleben notwendig machen. Wie Julius Caesar in seinem Werk "De bello civile" schrieb - quae volumus, ea credimus libenter. Was wir glauben wollen, glauben wir - mit anderen Worten: mundus vult decepti - die Welt will getäuscht werden.

Wer trägt die Verantwortung für diesen massiven Verrat an der Welt? Der verstorbene Präsident George



Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei Pressekonferenz am 17.2.2022, Quelle: nato.int

H.W. Bush und die verstorbene britische Premierministerin Margaret Thatcher, zusammen mit ihren Nachfolgern und all ihren neokonservativen Beratern und Befürwortern des "Exzeptionalismus", zusammen mit den Denkfabriken und Fachleuten, die ihnen zujubelten.

Eine Zeit lang schwelgte die NATO in der Illusion, der einzige Hegemon zu sein. Wie lange hielt sich diese Schimäre der unipolaren Welt? Und wie viele Gräueltaten hat die NATO begangen, um ihre Hegemonie in der Welt durchzusetzen - wie viele Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden im Namen der "Demokratie" und der "europäischen Werte" begangen?

Ohne die USA: Internationale Rechtsstaatlichkeit

Wenn es ein Land gibt, das sich nur wenig um die internationale Rechtsstaatlichkeit kümmert - auch bekannt als Blinkens "regelbasierte internationale Ordnung" - dann sind es leider die USA.

Zu den Verträgen, die die USA nicht ratifiziert haben, gehören das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, der Vertrag über den Offenen Himmel, das Fakultativprotokoll zum Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen, das Fakultativprotokoll zum Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes, das Übereinkommen über Wanderarbeitnehmer, das Übereinkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte...

Medienpolitische Forderungen und Zielvorstellungen

von Karl-Heinz Peil

Nachfolgend werden stichwort- und thesenartig diejenigen Einzelthemen aufgeführt, die für eine grundlegend andere Medienpolitik programmatisch ausgearbeitet werden müssten.

Journalismus

*Verpflichtung auf **ethische Maßstäbe** zur wahrheitsgemäßen Berichten und unvoreingenommener Wahrnehmung,*

Dieses gilt vor allem für Korrespondenten vor Ort. Dazu gehört auch das Reflektieren und Infragestellen eigener Frames, die evtl. einschränkend wirken.

*Beachtung journalistischer **Grundregeln**, wie die Trennung von Berichten und Kommentaren, sowie eigene Recherchen und Prüfung vorliegender Quellen.*

Im digitalen Zeitalter und unter dem wirtschaftlichen Druck auf Zeitungsverlage werden immer mehr Nachrichten ungeprüft übernommen. Statt Eigenverantwortung erfolgen „Fakten-Checks“ durch ominöse Institutionen.

*Keine **doppelten Standards**, z.B. bei Themen wie Menschenrechte und Militarisierung*

Insbesondere durch historische Bezüge werden „westliche Werte“ unglaubwürdig. Häufige Stichworte sind hierbei: Friedensmissionen, Genozid, territoriale Integrität.

*Keine **Feindbilder** durch Schwarz-Weiß-Zeichnungen sowie Personalisierung und Psychologisierung von politischen Führungskräften und sozialen Bewegungen*

Für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten kann dazu auf den Medienstaatsvertrag von 2020 verwiesen werden, der explizit Objektivität und Unparteilichkeit in der Berichterstattung fordert.

Keine Instrumentalisierung von gängigen Begriffen für Narrative zwecks Diffamierung sozialer Bewegungen

Seit Jahren wird dazu vor allem der Antisemitismus mit einer verschwommenen Definition bemüht. Ebenso gilt dieses für Begriffe wie

„rechtsoffen“ und „verschwörungstheoretisch“.

Wissenschaft und Bildung

*Öffentlich-rechtlicher Bildungsauftrag zur Vermittlung von **Grundlagen der Kommunikation***

Dazu müssen Wahrnehmungsmechanismen für Wording, Perspektive, Framing und Stimmungsmache vermittelt werden.

Medienkritik als Bildungsauftrag und Vermittlung von Fähigkeiten zur Analyse gängiger Medien, z.B. Tageszeitungen und Online-Medien wie Wikipedia

Dazu würde die Einführung eines Schulfachs Medienbildung nach einem umfassenden Curriculum und ohne „Zuarbeit“ von Internet-Konzernen gehören.

*Beauftragung von Bildungseinrichtungen zur Analyse von gängigen **Mechanismen der Manipulation***

Vor allem der Einsatz von Bildern und Videosequenzen hat zu einer inflationären Entwicklung von geschickt verpackter, medialer Manipulation geführt.

*Aufklärung über die **PR-Strategien** von Unternehmen, ThinkTanks, auch großen Stiftungen und den geduldeten Lobbyismus, vor allem in der Bundes- und EU-Politik*

Dazu gehört vor allem die Aufdeckung von „Washing“-Strategien. Besonders aktuell sind „Greenwashing“-Strategien für „Klimaneutralität“.

*Etablierung eines Lehrstuhls für **Propagandaforschung** an einer Universität*

Seit dem 1928 von Edward Bernays veröffentlichten Buch „Propaganda“ hat diese eine wissenschaftliche Grundlage, bei minimaler (Gegen-)Aufklärung.

Staatliche Politik

*Keine versteckte oder offene **Zensur** von Medienbetrieben, auch nicht durch Kooperationen mit Internetkonzernen*

Jüngste Beispiele sind die Behinderungen von RT DE oder das Verbot kurdischer Buchverlage – eine Einteilung

in „Gute und böse Medien“ ist der Beginn von Zensur unliebsamer Meinungen, die irgendwann alle treffen können.

*Digitale Medienkonzerne wie Meta (Facebook), Twitter und Google in **öffentlich-rechtliche Institutionen** mit demokratisch legitimierten Kontrollorganen überführen*

Insbesondere das Geschäftsgebaren von Meta (Facebook) im Umgang mit Nutzerdaten steht seit Jahren zunehmend unter Kritik.

*Nutzung von Rundfunk- und Fernsehbeiträgen für einen erweiterten **öffentlich-rechtlichen Versorgungsauftrag** zur Finanzierung eines unabhängigen Journalismus*

In der Schweiz wurde am 13.2.2022 allerdings ein Bundesgesetz über ein Maßnahmenpaket zugunsten der Medien mehrheitlich abgelehnt, weil ein Schutz vor Einflussnahme nicht transparent geregelt war.

Medien- und Diskursfreiheit im Internet, bei der Ausschluss- und Verbotskriterien sich nachvollziehbar nur auf strafbare Handlungen beziehen, bei denen auf grundgesetzliche und völkerrechtliche Festlegungen verwiesen werden kann

Der seit Nov. 2020 geltende Medienstaatsvertrag geht jedoch in eine andere Richtung.

Ausgewogenheit von öffentlich-rechtlichen Medien für ein breites Meinungsspektrum

Dieses würde eine staatsferne und transparente Besetzung der Aufsichtsgremien erfordern, jedoch ist derzeit das Gegenteil der Fall.

*Unterstützung der Ansprache von „bildungsfernen Schichten“ mit **einfacher Sprache** für komplexe Themen*

Beispiele hierfür sind z.B. die Nachrichten in einfacher Sprache vom Deutschlandfunk.

Quellenangaben und Anmerkungen zu den aufgeführten Begriffen unter www.frieden-und-zukunft.de



Aufruf zum Ostermarsch 2022: Kriegsgefahr bannen! Atomwaffen abschaffen! Abrüsten statt aufrüsten!

Die jahrelange Politik der Aufrüstung, der Konfrontation und der NATO-Osterweiterung hat zu einer dramatischen Kriegsgefahr geführt – auch in Europa. Die Gefahr eines Atomkrieges ist heute so groß wie zuletzt in der Kuba-Krise.

Nicht nur die Zahl der einsatzbereiten Atomwaffen steigt, sondern auch die der Kampfdrohnen und Hyperschallraketen. Zudem befeuern die EU und die NATO den gefährlichen Konfrontationskurs gegen Russland und China, die zu feindlichen Staaten stilisiert werden.

Dies äußert sich auch im Ukraine-Konflikt. Die Pläne zur Aufnahme der Ukraine in die NATO erhöhen die Gefahr eines großen Krieges. Provokant rüstet die NATO die Ukraine auf und verlegt Truppen an die russische Grenze. Russland reagiert und entsendet Militär an die Westgrenze. Diese Eskalation ist brandgefährlich und muss gestoppt werden.

Währenddessen nutzt die EU die Feinddarstellung, um die weitere Aufrüstung der EU aus EU-Finanzmitteln zu legitimieren. Die EU fördert mittlerweile die Forschung, Entwicklung und Produktion von Militärgütern und militärisch nutzbaren Technologien, wie Künstliche Intelligenz und Quantencomputern.

Die EU wandelt sich zur „Verteidigungsunion“, in der die militärische Zusammenarbeit wächst, die militärischen Fähigkeiten ausgebaut werden und die Rüstungsausgaben steigen.

So bringt die EU aktuell z.B. zahlreiche Rüstungsprojekte im Rahmen von PESCO auf den Weg: die Eurodrohne und das darauf aufbauende Future Combat Air System, FCAS. Allein die Entwicklung des FCAS kostet hundert Milliarden Euro. FCAS besteht unter anderem aus Kampfflugzeugen und teilweise bewaffneten Drohnenschwärmen.

Das ist der falsche Weg!

Zusammenarbeit statt Konfrontation!

Was wir brauchen, sind Abrüstung und eine Politik der Entspannung – nicht nur wegen der immensen Kriegsgefahr, sondern auch wegen des menschengemachten Klimawandels, denn das Militär zählt zu den größten Verursachern von Treibhausgasen.

Sicherheit neu denken!

Es zeigt sich immer wieder: Wir müssen Frieden neu denken – umfassend, global, sozial, ökologisch, nachhaltig. Wir sind uns sicher: Nicht ein Gegeneinander schafft Sicherheit! Für Sicherheit und umfassenden Frieden braucht es ziviles Engagement und ein fruchtbares Zusammenwirken zum gemeinsamen Nutzen. Wir brauchen eine neue Politik der Entspannung und Abrüstung, sowie der vertrauensbildenden Maßnahmen.

Deshalb fordern wir:

Abrüsten statt aufrüsten! Kein Geld für Waffen und Militär, sondern für Bildung, Gesundheit, ein solidarisches Sozialsystem, für zivile internationale Solidarität, zur Angleichung der weltweiten Lebensverhältnisse auf einem menschenwürdigen Niveau

Beendet den atomaren Wahnsinn! Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag und Initiativen zu seiner Durchsetzung! Abzug der Atomwaffen aus Deutschland!

Eine neue Entspannungspolitik weltweit! Schluss mit dem militärischen Aufmarsch nach Osten!

Fluchtsache Krieg überwinden. Sichere Häfen für Geflüchtete! FRONT-TEX abschaffen!

Die Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr stoppen – autonome Waffensysteme ächten!

Rüstungsexporte stoppen! Konversion von Rüstungsunternehmen und militärischen Liegenschaften!

US-Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM schließen!

Sofortige **Beendigung aller Auslandseinsätze** der Bundeswehr!

Austritt aus der NATO mit dem Ziel ihrer Auflösung.

Kein Ausbau der EU zur Militärunion! (PESCO, europäischer Verteidigungsfonds)

Mehr Friedensbildung! Keine Bundeswehr in Bildungseinrichtungen, auf Ausbildungsmessen und in unserem Stadtbild. Kein Werben fürs Sterben – keine Normalisierung des Militärs!

Deshalb rufen wir auf zum Ostermarsch 2022!

Ostermarsch-Termine

Freiburg, Do. 14.4., Innenstadt
Stuttgart: Sa. 16.4. 11 Uhr Hbf
Ellwangen: Sa. 16.4. Fuchseck Ellw.
Ulm: Sa. 16.4. 12 Uhr,
Wilhelmsburg Kaserne
Mannheim: Sa. 16.4., Innenstadt
Offenburg: Sa. 16.4. 14 Uhr, ZOB / Bahnhof
Müllheim: Mo. 18.4. 14 Uhr
Überlingen: Mo. 18.4. Int. Friedensweg

Ostermarsch 2022 des Friedensnetzes BaWü am 16.4. in Stuttgart

Auftaktkundgebung zur **Radlerdemo**; 11 Uhr, EUCOM Stuttgart Vaihingen; 11.15 Uhr, Aufbruch der Radlerdemo zum Ostermarsch in Stuttgart;
Auftaktkundgebung zum Ostermarsch: 12 Uhr, Arnulf-Klett-Platz (vor dem Hbf Stuttgart:), anschl. (12.30 Uhr) Demozug durch die Stuttgarter Innenstadt, zur: **Abschlusskundgebung**: ca. 13.30 Uhr, Oberer Schlossgarten

**Aufruf aus der
Friedensbewegung
vom 7.2.2022
(Auszüge)**

<https://nie-wieder-krieg.org/>



**Ukraine-Krise:
Friedenspolitik
statt Kriegshysterie!**

Es ist ein legitimes Sicherheitsinteresse Moskaus, dass die Osterweiterung der NATO, die seit 1999 immer näher an die russischen Grenzen heranrückt, nicht auch noch auf die Ukraine ausgedehnt wird. Das würde die Vorwarnzeit für Moskau bei einem Angriff mit Atomraketen auf 5 Minuten verkürzen.

Die aktuelle Krise ist Teil eines globalen und seit längerem bestehenden Konflikts, dessen Wurzeln im Anspruch der USA liegen, „dass Amerika wieder die Welt führt,“ wie es der US-Präsident formuliert.

Die europäischen NATO-Partner schließen sich dem mit einigen Nuancierungen als Juniorpartner an. Dagegen lehnen andere, darunter Russland, eine westliche Dominanz ab und wollen als gleichberechtigte Partner in einer multipolaren Weltordnung respektiert werden.

Es ist an der Zeit, dass das Prinzip der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit wieder akzeptiert wird, wie es bereits im Kalten Krieg anerkannt wurde.

Im Atomzeitalter kann keine Seite ihre Sicherheit auf Kosten der anderen erhöhen. Sicherheit gibt es nur gemeinsam. Dauerhafter Frieden mit Russland erfordert daher eine gesamt-europäische Friedensordnung.

Kräfte, die mit aggressivem Nationalismus und Revanchismus die Spannungen anheizen, müssen auf allen Seiten zurückgedrängt werden.

Anmerkung der Redaktion:

Der komplette Aufruftext wurde am 7.2.2022 veröffentlicht und innerhalb von kurzer Zeit von mehr als 10.000 Menschen unterzeichnet.

**Presseerklärung zur
Aktionskonferenz vom
26.2.2022**

**Die Waffen nieder –
nein zum Krieg!**

Bei der digitalen Aktionskonferenz aus der Friedensbewegung am 26.2.2022 mit mehr als 250 Teilnehmenden – der bisher größten dieser Art – bestand weitestgehende Einigkeit bei den diskutierten Themen:

Wir verurteilen die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine. Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung. Die jahrelange antirussische Konfrontationspolitik des Westens, besonders der USA und der NATO rechtfertigen keinesfalls eine militärische Intervention.

Die Bombardierungen müssen sofort gestoppt werden. Notwendig ist ein umfassender Waffenstillstand, der Rückzug aller Truppen und die Aufnahme von Verhandlungen.

Politische Reaktionen des Westens sollten auf die Wiederaufnahme von Gesprächen gerichtet sein, weiteren Hass und Konfrontation vermeiden und nicht die Bevölkerung Russlands treffen.

Deswegen lehnen wir Wirtschaftssanktionen ab. Diese treffen im Kern immer die Menschen der jeweiligen Länder.

Wir wollen als Friedensbewegung weiter aufklären, dass Krieg, Militär und Konfrontationspolitik keines der wichtigen Probleme, wie Hunger, Flucht, Klimakatastrophe und soziale Ungleichheit lösen wird. Unsere Solidarität gilt den vor Krieg und Verfolgung Geflüchteten.

Es gibt auch bei dem Konflikt „Ukraine/Russland“ nur eine politische Lösung auf der Basis der Prinzipien der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit.

Wir brauchen eine Wiederbelebung der OSZE.

Es gibt nur eine politische Lösung auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit. Wir brauchen eine Wiederbelebung der OSZE.

Wir begrüßen den Vorschlag des ukrainischen Präsidenten, über eine Neutralität seines Landes zu verhandeln.

Wir wenden uns entschieden gegen eine weitere Aufrüstungspolitik der Bundesregierung u.a. durch die Erhöhung des Militäretats aber auch durch die weitere EU-Militarisierung.

Lasst uns gegen den Krieg und für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit auf die Straße gehen.

Krieg löst kein Problem!

Deshalb fordern wir:

- > Umgehend Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine
 - > Sofortiger Stopp aller Kriegshandlungen
 - > keinerlei Waffenlieferungen
 - > keine weitere Aufrüstungsrunde
 - > Stopp der NATO-Osterweiterung
 - > Solidarität mit der Friedensbewegung in Russland und der Ukraine
 - > Solidarität mit allen Geflüchteten
 - > Verhandlungen zur Lösung der Konflikte in der Ukraine
- Die Teilnehmenden verständigten sich auf weiterführenden Aktionen für das Wochenende vom 4. bis 6. März.

Deshalb ruft die Aktionskonferenz dazu auf:

- > vielfältige Aktivitäten am Wochenende von 4. bis 6. März
- > Ostermärsche zum Signal für Abrüstung und gemeinsame Sicherheit machen
- > Vorbereitung einer bundesweiten Aktion gegen Aufrüstung und Militarismus